

## **Entschließungsantrag**

**der Fraktion DIE LINKE.**

**zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundesministerin der  
Verteidigung**

**In Verantwortung für die Zukunft Deutschlands. Für eine starke Bundeswehr  
in einer Welt im Wandel.**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Bereits vor ihrer Vereidigung im Bundestag auf das Grundgesetz hat sich die neu ernannte Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer für die Verdopplung der Ausgaben für Rüstung und Militär auf rund 85 Milliarden Euro entsprechend dem 2-Prozent-Ziel der NATO ausgesprochen. Eine Steigerung des deutschen Rüstungshaushalts auf diese Größenordnung würde eine in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beispiellose Aufrüstung bedeuten, mit fatalen Folgen nicht nur für Sicherheit und Frieden in Europa, sondern auch für das Gemeinwohl in Deutschland.

II. Der Deutsche Bundestag weist das Vorhaben der neuen Verteidigungsministerin, Annegret Kramp-Karrenbauer, den deutschen Rüstungsetat verdoppeln zu wollen, zurück und fordert die Bundesregierung auf,

1. keine öffentlichen Zusagen zu machen, die das Haushaltprärogativ des Bundestages in Frage stellen und
2. stattdessen Vorschläge zu präsentieren, wie die Bundesrepublik Deutschland zu Abrüstung und Vertrauensbildung in Europa und weltweit beitragen kann.

Berlin, den 24. Juli 2019

**Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion**

## Begründung

In ihrem Interview für die Frankfurter Sonntagszeitung betonte die neue Verteidigungsministerin ihre Überzeugung, „dass man den Weg [zu 2 Prozent BIP für das Militär] auch wirklich gehen muss“ (FAS, 21.7.2019). Die Forderung der NATO und insbesondere der Trump-Administration, ab 2024 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Militärausgaben zu verwenden, würde – nach gemeinsamen Berechnungen von Wissenschaftlern von DGAP und SWP – bedeuten, dass insgesamt jährlich bis zu 85 Milliarden Euro für die Bundeswehr ausgegeben werden müssten. Der Verteidigungsetat müsste ab sofort bis 2024 um jährlich 6,8 Milliarden Euro zusätzlich erhöht werden, um dieses Ziel zu finanzieren ([www.dialogforumsicherheitspolitik.de/wp-content/uploads/2018/07/180710\\_GER-2-Prozent-Hintergrund-GER.pdf](http://www.dialogforumsicherheitspolitik.de/wp-content/uploads/2018/07/180710_GER-2-Prozent-Hintergrund-GER.pdf)).